

Nun liegt's am Ständerat

Roaming-Abriss: Nationalrat stellt sich hinter K-Tipp-Forderung

Ohrfeige für den Bundesrat: Der Nationalrat spricht sich fast einstimmig für tiefere Handy-Gebühren im Ausland aus.

Vor den Sommerferien forderten 56 000 Leser von K-Tipp, «Saldo» und «Bon à Savoir» in einer Petition tiefere Handy-Gebühren fürs Telefonieren im Ausland (Roaming). Konkret: Der Bundesrat soll die viel tieferen EU-Preisobergrenzen übernehmen. Heute zahlen Schweizer bei Auslandsgesprächen bis zu fünfmal so viel wie EU-Bürger.

Nun wurde ein gleichlautender parlamentarischer Vorstoss von Ursula Wyss (SP/BE) im Nationalrat mit 181 zu 5 Stimmen gutgeheissen. Gegen die Motion waren einzig die SVP-Nationalräte Peter Föhn (SZ), Alfred Heer (ZH), Pirmin Schwander (SZ) und Theophil Pfister (SG) sowie Pierre Triponez

von der FDP (BE). Ihr Argument: Höchstpreise beim Roaming seien gegen den freien Markt. Das wiederum würde langfristig zu höheren Mobilfunkpreisen für alle führen. Tatsache ist aber: Beim Roaming spielt der freie Markt eben nicht. Das zeigen die Erfahrungen in der EU. Deshalb will man dort das Roaming bis 2015 abschaffen.

Zudem gibt es keinen Grund, wieso ein Anruf von Konstanz (D) nach Chur teurer sein soll als ein Anruf von Kreuzlingen TG nach Chur.

Doch davon will der Bundesrat nichts hören. Er lehnt die Motion ab. Fakt ist: Swisscom, Sunrise und Orange streichen wegen überrissener Tarife pro Jahr über 300 Millionen Fran-

ken ein. Der Bund hat als Mehrheitsaktionär der Swisscom grosses Interesse, dass sich daran nichts ändert.

Der Ball liegt nun beim Ständerat. Stimmt auch der Ständerat der Motion zu, muss der Bundesrat ein entsprechendes Gesetz ausarbeiten, damit die Roaming-Gebühren endlich sinken.

Am Tag der Abstimmung im Nationalrat hat Swisscom eine Reduktion der Roaming-Gebühren angekündigt. Bis 2014 sollen sie von 85 Rappen auf 65 Rappen pro Minute sinken. Nur: Damit zahlen Schweizer immer noch doppelt so viel wie EU-Bürger. Orange und Sunrise wollen die Preise vorerst nicht reduzieren. (cb)



Klares Resultat: Nur 5 Nationalräte waren gegen tiefere Roaming-Gebühren

Wahlen 2011: Diese Politiker stehen für die Konsumenten ein

Die Zeitschrift «Saldo» hat ausgewertet, welche Parlamentarier im Sinne der Konsumenten entscheiden. Dafür wurden 20 für Konsumenten wichtige Abstimmungen der letzten vier Jahre untersucht – zu Themen wie Steuern, Renten und Telefongebühren.

Resultat: Am besten abgeschnitten haben Evi Allemann (SP/BE), Jacqueline Fehr (SP/ZH), Bea Heim (SP/SO), Daniel Jositsch (SP/ZH) und Silvia Schenker (SP/BS). Sie stimmten bei 17 von 20 Vorlagen im Interesse der Konsumenten. Schlusslicht der Auswertung war Walter Wobmann (SVP/SO): Er stimmte in 17 von 20 Fällen gegen die Konsumenten.

Die vollständige Auswertung: www.saldo.ch → «Politiker: Wer ist konsumentenfreundlich?» → «Weitere Infos»

www.VgT.ch

- was andere Medien totsichweigen

Verein gegen Tierfabriken Schweiz